

31.01.2020 – PM 7/2020

Haushaltsüberschuss verantwortungsvoll nutzen

IG BAU fordert Sondervermögen für kommunale Investitionen

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert die Bundesregierung auf, den Haushaltüberschuss für eine Investitionsoffensive der Kommunen zu nutzen. „Der Bundesüberschuss von mehr als 13 Milliarden Euro im vergangenen Jahr fehlt in den Kommunen. Seit Jahren fährt die öffentliche Hand gerade dort auf Verschleiß, wo die Menschen unmittelbar betroffen sind. Jahrzehntelange Kürzungspolitik lässt vielerorts Straßen, Schulen, Krankenhäuser, Ämter oder Kitas mehr und mehr verfallen. Der Investitionsstau beträgt bereits rund 140 Milliarden Euro. Hinzu kommt noch der Bedarf bei kommunalen Unternehmen wie im Nahverkehr, Energie und nicht zuletzt dem Wohnungsbau. Zusätzliche Ausgaben werden durch notwendige Klimaschutzmaßnahmen fällig.

„Der Bund muss insbesondere die finanzschwachen Kommunen jetzt bei Investitionen unterstützen“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger. „Mindestens die Hälfte des Haushaltsüberschusses 2019 muss in ein Sondervermögen des Bundes überführt werden. Damit entsteht ein Finanzierungsinstrument, das unabhängig von der Kassenlage in Bund und Ländern ist. Kommunen könnten mit diesen Mitteln unkompliziert die drängendsten Sanierungen und Ersatzbaumaßnahmen stemmen.“

Die IG BAU erwartet, dass mit dem Sondervermögen ein langfristiges Investitionsprogramm gestartet wird. Dies gibt nicht nur den Beteiligten am Bau die notwendige Planungssicherheit zum Aufbau von Personal und Kapazitäten, sondern ermöglicht auch der öffentlichen Hand die für Bauplanung und –Durchführung dringend notwendigen Stellen in der Verwaltung zu schaffen und zu besetzen.